



Dieses Haus ist das luxemburgische Parlament. Auf Französisch wird es „Chambre des Députés“ genannt. Deswegen gebrauchen die Luxemburger oft den Ausdruck „Chamber“.



Chambre des Députés - 19, rue du Marché-aux-Herbes

Im Parlament gibt es 60 **Abgeordnete**¹. Man nennt sie auf Luxemburgisch „Deputéiert“. Ihre Arbeit besteht vor allem darin, **Gesetze**² zu machen, das heißt, sie vorzubereiten, darüber zu beraten und dann darüber abzustimmen.

¹ **Abgeordnete:** Die Abgeordneten vertreten die Interessen der Bevölkerung. Sie müssen mindestens 18 Jahre alt und Luxemburger sein und werden alle 5 Jahre von den luxemburgischen Staatsbürgern, die über 18 Jahre alt sind, neu gewählt. 23 Abgeordnete vertreten den Süden des Landes, 21 das Zentrum, 9 den Norden und 7 den Osten.

² **Gesetze:** Gesetze könnte man mit Spielregeln vergleichen. Es sind zum Beispiel Bestimmungen, die den Umgang der Leute untereinander regeln. Es können auch die Bedingungen sein, nach denen ein Bauvorhaben durchgezogen wird. Ein ganz wichtiges Gesetz ist die Verfassung (auf Französisch: Constitution). Darin sind die wichtigsten Regeln und Bestimmungen enthalten, zum Beispiel, dass jeder die Primärschule besuchen muss und dass diese gratis ist, oder dass es ein Briefgeheimnis gibt. In der Verfassung steht noch, dass diese Gesetze, diese Regeln, für alle Luxemburger die gleichen sind. Das heißt, dass jeder sich an diese Gesetze halten muss, ob er nun Bankdirektor oder Gärtner, Hausfrau oder Arbeitsloser ist. Ein Gericht kann auch nur jemanden bestrafen, falls es ein Gesetz gibt, gegen das er verstoßen hat („nulla poene sine lege“ - keine Strafe ohne Gesetz).



Der Gesetzestext kann von einem oder mehreren Abgeordneten geschrieben werden. Es kommt aber öfters vor, dass der Text in einem Ministerium aufgesetzt wird, also von der Regierung kommt.

Zum Beispiel wurde der **Gesetzentwurf**³ über das Rauchverbot im Gesundheitsministerium geschrieben, dies nachdem in der Öffentlichkeit schon viel über die gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Rauchens geredet und geschrieben worden war.

³ **Gesetzentwurf:** Geht der Vorschlag für ein Gesetz von der Regierung aus, so handelt es sich um einen Gesetzentwurf.



Wie entsteht ein Gesetz ?

Nehmen wir ein Beispiel aus dem Bereich der Schule: Manchmal wird festgestellt, dass Klassensäle fehlen, oder dass die Schule den Bedürfnissen der Schüler nicht mehr angepasst ist. Schüler und Lehrer setzen einen Brief auf, der die Missstände anprangert und Lösungen vorschlägt. Diese **Petition**⁴ überreichen sie dem Parlamentspräsidenten, der sie dann an die zuständige Kommission weiterleitet.



Im Juni 2006 überreichten Vertreter des «Lycée technique Ettelbrück» (auf dem Bild vorne rechts zwei Schüler) dem Parlamentspräsidenten Lucien Weiler eine Petition mit knapp 10 000 Unterschriften. Darin wurde sich unter anderem darüber beschwert, dass es nicht genug Schulsäle gäbe, dass die Sportinfrastrukturen nicht ausreichten und dass Sicherheitsmängel festzustellen seien.

⁴ Eine **Petition** ist eine Bitte oder Beschwerde an das Parlament. Sie kann von einer einzelnen oder mehreren Personen eingereicht werden, von Erwachsenen und Kindern, Luxemburgern und Ausländern.

Die Petition wird an den Parlamentspräsidenten gerichtet. Der gibt sie an die Petitionskommission weiter, die dann entscheidet, ob sie an einen Minister oder an eine spezifische Parlamentskommission weitergeleitet wird oder ob sie ohne Folgen bleibt.



Es gibt viele **Kommissionen**⁵ im Parlament, zum Beispiel die Umweltkommission, die Transportkommission, die außenpolitische Kommission oder die Landwirtschaftskommission. Wenn es, wie in diesem Fall, um staatliche Schulgebäude geht, kann sich sowohl die Kommission für Erziehung und berufliche Ausbildung als auch die Kommission für öffentliche Bauten mit dem Fall befassen.



Sitzung der Kommission für Erziehung und berufliche Ausbildung

Die Mitglieder dieser Kommissionen untersuchen die Anliegen der Bürger, beraten über mögliche Schlüsse, die daraus zu ziehen sind, und tauschen ihre Argumente aus. Manchmal ist der zuständige Minister in einer solchen Sitzung anwesend - in diesem Fall zum Beispiel die Erziehungsministerin Mady Delvaux-Stehres.

⁵ **Kommission:** Eine Kommission könnte man auch als Arbeitsgruppe bezeichnen. Sie ist aus Abgeordneten der verschiedenen Parteien zusammengesetzt. Eine Hauptaufgabe der Kommissionen besteht darin, die Vorschläge für ein neues Gesetz zu untersuchen und die jeweiligen Argumente auszutauschen. Dabei können Experten zu Rate gezogen und Besichtigungen vorgenommen werden. Die öffentlichen Parlamentssitzungen werden in den Kommissionen vorbereitet.



Die Erziehungskommission kann zum Schluss kommen, dass es den Schülern an Platz fehlt und dass es nicht genug Schulgebäude gibt. So könnte entschieden werden, ein neues Gebäude zu bauen.

Theoretisch darf jeder einzelne Abgeordnete einen **Gesetzesvorschlag**⁶ machen, das heißt, einen Text vorschlagen, der alle Einzelheiten für den Bau eines neuen „Lycée“ regelt. In der Praxis ist es allerdings meist so, dass ein so komplexer Vorschlag vom **Ministerium**⁷ gemacht wird, das mehr Fachpersonal zu seiner Verfügung hat - in diesem Fall spricht man von einem **Gesetzentwurf**⁸.

Im Gesetzentwurf wird das geplante Schulgebäude in allen Einzelheiten beschrieben. Außerdem legt er die Summe fest, die dem Staat zur Ausführung des Schulbaus zur Verfügung steht.



Unterrichtsministerium - 29, rue Aldringen

⁶ **Gesetzesvorschlag:** *Stammt der Vorschlag für ein Gesetz von einem oder mehreren Abgeordneten, so handelt es sich um einen Gesetzesvorschlag*

⁷ **Ministerium:** *Das Ministerium ist die Verwaltung, die einem Minister untersteht - in diesem Fall der Unterrichtsministerin. Alle Minister zusammen bilden die Regierung.*

⁸ **Gesetzentwurf:** *Geht der Vorschlag für ein Gesetz von der Regierung aus, so handelt es sich um einen Gesetzentwurf.*



Der Gesetzentwurf wird von der Regierung im Parlament eingereicht. Dies geschieht machmal in einer öffentlichen Parlamentssitzung: Ein Regierungsmitglied steht zu Anfang der Sitzung auf und erklärt, dass es einen Gesetzentwurf einreicht - in diesem Fall über den Bau eines neuen „Lycée“.



Damit ist der Startschuss für die Vorbereitungsarbeiten im Parlament gegeben.



Alle Abgeordneten sollen erfahren, welches Gesetz in Vorbereitung ist. Früher wurde der Gesetzesvorschlag gedruckt und anschließend an jeden einzelnen Abgeordneten verschickt. Heute wird das Dokument elektronisch, im Computer, gespeichert, wo es dann direkt für die Abgeordneten einzusehen ist.

Die Mitglieder der Erziehungskommission und der Kommission für öffentliche Bauten werden in ihre jeweiligen Kommissionssitzungen eingeladen. Auch dies geschieht auf elektronischem Weg: So wie alle anderen parlamentarischen Dokumente werden auch diese Einladungen direkt im Computer gespeichert, verschickt und abgerufen.



Abgeordneter im Plenarsaal



Die Abgeordneten beraten in ihren Kommissionssitzungen über den Gesetzentwurf. Um sich einen kompletten Überblick zu verschaffen, sehen sie sich manchmal auch vor Ort um, zum Beispiel auf einer Baustelle. Manchmal werden Experten in eine Kommission eingeladen. Sie geben dann weitere Erklärungen ab. In diesem Fall kann das zum Beispiel die Erziehungsministerin sein, der Architekt, Schüler oder Lehrer.

Die Abgeordneten gehen die einzelnen Punkte durch und formulieren auch ihre Meinung zum Text, der vorliegt. Es kommt vor, dass sie zusätzliche Bestimmungen einfügen oder Änderungen vorschlagen. So könnten die Abgeordneten in diesem Fall der Meinung sein, die Schule bräuchte noch ein Schwimmbad. Sie müssten dann den Abschnitt über die Sportinfrastrukturen umändern oder gegebenenfalls ergänzen. Der neue Abschnitt heißt dann Änderungsvorschlag, oder, auf Französisch, «Amendement».



Abgeordnete besuchen eine Baustelle



Berufskammern, wie zum Beispiel die Privatbeamtenkammer, die Handwerker- oder die Staatsbeamtenkammer, geben ihre Meinungen zum Gesetzestext schriftlich ab. Ein solches Dokument nennt man dann Gutachten, oder, auf Französisch «Avis». Zusätzlich können sowohl Einzelpersonen als auch Interessengruppen ihre Meinung mitteilen. Zum Beispiel könnte dies eine Bürgerinitiative sein, die sich gegen eine Schule mit dem daraus erfolgenden Busverkehr wehrt.

Das Parlament darf erst dann in öffentlicher Sitzung über den ganzen Gesetzestext abstimmen, wenn das Gutachten vom **Staatsrat**⁹ (Conseil d'État) vorliegt.



Staatsrat - 3, rue Sigefroi

⁹ **Staatsrat:** Eine Hauptaufgabe des Staatsrates besteht darin, alle Gesetzesvorschläge und Gesetzentwürfe sowie alle vorgeschlagenen Abänderungen zu begutachten. Der Staatsrat hat 21 Mitglieder, alle über 30 und von luxemburgischer Nationalität. Anders als die Abgeordneten sind sie nicht gewählt, sondern wurden dem Staatsrat zugeteilt. Dies geschieht nach einem Turnus: Abwechselnd schlagen die Regierung, das Parlament und der Staatsrat selbst vor, wer ein Mitglied, das ausscheidet, ersetzen soll. Die Mitglieder der großherzoglichen Familie werden durch den Großherzog selbst bestimmt.



Das Parlament kommt in der Regel dienstags, mittwochs und donnerstags zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Der Gesetzentwurf wird von einem Berichterstatter vorgetragen und anschließend von den Abgeordneten der verschiedenen Parteien kommentiert. Das letzte Wort hat der zuständige Minister, ehe dann über den Gesetzentwurf abgestimmt wird.

Nach dieser ersten Abstimmung ist eine zweite, mindestens drei Monate später, vorgesehen. Allerdings fragt das Parlament ganz oft beim Staatsrat an, ob man es nicht bei einer einzigen Abstimmung belassen könne.



Abstimmung per Handzeichen



Jedes Gesetz muss noch vom Großherzog unterschrieben werden und ist erst dann in Kraft, wenn es im **Memorial**¹⁰ veröffentlicht wurde. Die Bürger erfahren einiges schon im Vorfeld über die Medien. Die Tageszeitungen sowie Radio und Fernsehen berichten über die allermeisten öffentlichen Sitzungen.



Großherzog Henri unterschreibt ein Gesetz

In den Live-Übertragungen der Sitzungen auf „Chamber TV“, in der wöchentlichen Sendung „Chamber aktuell“ sowie im „Compte rendu“, dem parlamentarischen Bericht, der den Tageszeitungen beigelegt ist und der die Debatten integral wiedergibt, gibt es weitere Einzelheiten.

In unserem Fall: Sobald das Gesetz in Kraft ist, kann mit dem Bau des neuen Lyzeums angefangen werden.

¹⁰ **Memorial:** Das Memorial ist das offizielle Informationsblatt des Großherzogtums Luxemburg. In seinem ersten Teil (Memorial A) findet man sämtliche Gesetze und Ausführungsbestimmungen.